

KARL-HEINZ GRASSER

Bundesminister für Finanzen

Himmelpfortgasse 4-8

A-1015 Wien

Tel. +43/1/514 33/1100 DW

Fax +43/1/512 62 00

GZ. BMF-310205/0104-I/4/2006**Frau Präsidentin
des Nationalrates****Mag. Barbara Prammer****Parlament
1017 Wien****XXIII. GP.-NR
70 /AB****12. Jan. 2007****zu 117 /J**

Wien, 11. Januar 2007

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Auf die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 117/J vom 29. November 2006 der Abgeordneten Bettina Stadlbauer, Kolleginnen und Kollegen, betreffend Sicherstellung der Umsetzung des SWRÄG 2006, beehre ich mich Folgendes mitzuteilen:

Zu 1.:

Die prekäre finanzielle Lage der Vereine für Sachwalterschaft ist mir explizit nicht bekannt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Sachwalterrechts-Änderungsgesetzes 2006 hat das Bundesministerium für Justiz mein Ressort mit dieser Angelegenheit weder aktenmäßig befasst, noch wurde seitens des Justizressorts im Rahmen der für den Budgetvollzug erstellten Controllingberichte ein auf Grund des Sachwalterrechts-Änderungsgesetzes 2006 erforderlicher budgetärer Mehrbedarf für die Sachwalterschaftsvereine angemeldet.

Das Bundesministerium für Justiz hat zwar im Herbst 2005 im Rahmen eines Antrags für eine Bundesfinanzgesetz-Novelle das Bundesministerium für

Finanzen ersucht, einen Mehrbedarf von 2,1 Mio. € für die Vereins-sachwalter- und Patientenanwaltschaft aufzunehmen. Zum damaligen Zeit-punkt war jedoch dem Bundesministerium für Finanzen eine Änderung des Sachwalterrechtsgesetzes noch gar nicht bekannt. Im Zuge eines Ministerge-sprächs teilte ich der Frau Bundesministerin für Justiz mit, dass seitens des Bundesministeriums für Finanzen keine Zusage für eine Aufstockung der Budgetmittel für 2006 erfolgen könne, da zum damaligen Zeitpunkt die Fra-ge einer Budgeterhöhung für 2006 generell nicht zur Debatte stand. Viel-mehr ist es Aufgabe des Justizressorts, durch entsprechende Maßnahmen gegenzusteuern und somit mit den veranschlagten budgetären Mitteln aus-zukommen.

Zu 2. und 3.:

Vorweg möchte ich darauf hinweisen, dass es grundsätzlich jedem Ressort selbst obliegt, die ihm zugewiesenen Budgetmittel im Hinblick auf die vom Ressort wahrzunehmenden Aufgaben zu verteilen.

Was die Finanzierung der Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaft be-trifft, möchte ich festhalten, dass die budgetären Mittel für die Vereins-sachwalter- und Patientenanwaltschaft bereits im Bundesvoranschlag (BVA) 2005 und BVA 2006 gegenüber dem BVA 2004 (15,6 Mio. €) um 5,1 Mio. € auf jeweils 20,7 Mio. € aufgestockt wurden.

Ende Mai 2006 teilte das Justizressort zwar mit, dass für das laufende Bud-getjahr ein Budgetmehrbedarf für die Sachwaltervereine von 800.000 € be-stehe, ohne dies jedoch konkret auf das Sachwalterrechts-Änderungsge-setz 2006 zu beziehen. Im Juli 2006 wurde die Forderung vom Bundes-ministerium für Justiz dahingehend modifiziert, dass auf Grund der 3%-Bindung jedenfalls ein budgetärer Bedarf von rund 600.000 € für die Sach-waltervereine erforderlich sei. Im Rahmen von Verhandlungen zwischen dem Justiz- und dem Finanzressort betreffend budgetäre Mehrerfordernisse des

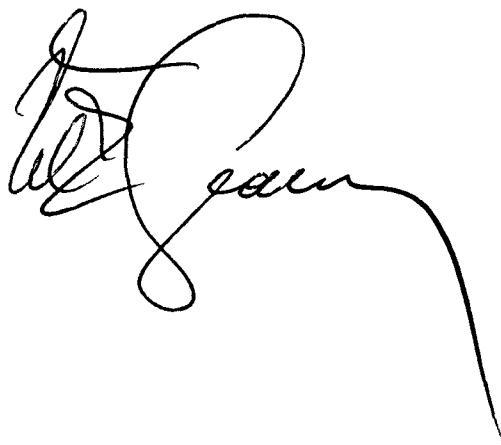
Bundesministeriums für Justiz wurde schließlich geklärt, dass es dem Bundesministerium für Justiz durch interne Umschichtungen möglich ist, die Bindung auf andere Voranschlagsansätze umzulegen, sodass der im BVA veranschlagte Betrag für die Vereinssachwalter- und Patientenanwaltschaft zur Gänze zur Verfügung steht.

Explizite Probleme mit der Umsetzung des Sachwalterrechts-Änderungsgesetzes 2006 hat das Bundesministerium für Justiz jedoch bislang nicht an das Bundesministerium für Finanzen herangetragen.

Zu 4. bis 6.:

Ich ersuche um Verständnis, dass ich diese Fragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht beantworten kann. Sie werden im Zuge der Budgetverhandlungen zu klären sein.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Alexander Gauland". The signature is fluid and cursive, with a large, stylized "A" at the beginning.